

**Entwicklungszusammenarbeit und
Humanitäre Hilfe
der Stadt Wien**

Jahresbericht 2012



StADt + Wien

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Entwicklungszusammenarbeit.....	4
2.1. Bangladesch.....	4
2.2. Burkina Faso.....	6
2.3. Burundi.....	8
2.4. Indien.....	10
2.5. Laos.....	12
2.6. Moldau.....	14
2.7. Mosambik.....	16
2.8. Myanmar.....	18
2.9. Nepal.....	20
2.10. Sri Lanka.....	22
2.11. Uganda (I).....	24
2.12. Uganda (II).....	26
2.13. Westsahara.....	28
3. Sonderprojekte.....	29
3.1. Südafrika.....	29
4. Entwicklungspolitische Fachtagung.....	31
5. „wien.namibia.begegnung“.....	33
6. Sensibilisierung für entwicklungspolitische Anliegen.....	35
6.1. ADA-Info-Box zu Gast im Rathaus.....	35
6.2. Wien unterstützt Aktion „Kick Fair“.....	37
7. Humanitäre Hilfe.....	39
7.1. Spitalsmöbeln für Chisinau.....	39
7.2. Spitalsmöbeln für Sibiu.....	40
7.3. Spitalsmöbeln für Kharkov (Ukraine).....	41
7.4. Schulmöbel für Sibiu und Stearisu.....	42
7.5. Schulmöbel für Sutor (Slowakei).....	43
7.6. Schulmaterialien (Ukraine).....	44
7.7. Unterstützung humanitärer Hilfslieferungen.....	45
7.8. Humanitäre Weihnachtsaktion (MD, RO).....	46
Impressum:.....	47

1. Einleitung

Die Magistratsdirektion – Europa und Internationales (MD-EUI) ist für die Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe der Stadt Wien verantwortlich. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) wurden NGOs bei der Durchführung von Entwicklungsprojekten in Afrika, Asien und Osteuropa unterstützt. Dazu erging im Jänner 2012 eine Einladung zur Einreichung von Förderanträgen („Call for proposals“) zum Titel „Kinderrechte in der Entwicklungszusammenarbeit“.

Die Stadt Wien vergab Förderungen für Projekte zur Stärkung der Kinderrechte in den Bereichen:

1. Recht auf angemessenen Lebensstandard (Armutsminderung)
2. Recht auf Bildung
3. Recht auf Gesundheitsversorgung
4. Recht auf Gleichberechtigung von Kindern und Jugendlichen
5. Recht auf Inklusion von Personen mit Behinderung
6. Förderung von politischer Teilhabe von Kindern und Jugendlichen
7. Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit
8. Schutz vor Kinderarbeit
9. Schutz von Kindern im Krieg und auf der Flucht, Reintegration von Kindersoldaten und jugendlichen KämpferInnen
10. Schutz vor sexueller Gewalt, FGM und Kinderprostitution

Zusätzlich zu den im Call for Proposals definierten Ausschreibungskriterien mussten grundsätzlich folgende Qualitätskriterien erfüllt werden:

1. NGO mit Sitz in Wien und EZA-Erfahrung
2. Ein- bis dreijähriges Projekt in einem Projektland laut DAC-Liste der OECD
3. Armutsbekämpfung
4. Empowerment (Befähigung)
5. Nachhaltigkeit
6. Gender Equality
7. Millennium Development Goals
8. Audit durch einen Chartered Accountant im Projektland

2. Entwicklungszusammenarbeit

2.1. Bangladesch



Projektland: Bangladesch

Hauptstadt: Dhaka

Größe: 147.569 km²

Einwohnerzahl: 143 Mio.

Sprachen: Bengalisch u.a.

Human Development Index (HDI): 0,543 (146.)

Projekträger: Hope 87

Laufzeit: 1.8.2012 bis 31.07.2013

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „Nachtschule für Straßenkinder in Dhaka“

Ausgangslage:

Bangladesch weist viele wirtschaftliche und soziale Probleme eines Entwicklungslandes auf. Von den 140 Millionen EinwohnerInnen sind ca. 60 Prozent jünger als 30 Jahre. Kinderarbeit in Folge der herrschenden Armut ist weit verbreitet. So arbeiten sieben Millionen Kinder im formellen und informellen Sektor. Kinder unter vierzehn Jahren stellen ein Fünftel der gesamten arbeitenden Bevölkerung dar. Viele Kinder leben in prekären Familien- und Wohnverhältnissen oder sind obdachlos. Die Zahl der sogenannten Straßenkinder steigt kontinuierlich und hat bereits die Zahl von 700.000 erreicht.

Maßnahmen:

HOPE 87 wird daher mit dem lokalen Partnerverein ein, an die Lebensumstände der Kinder angepasstes, Bildungsprogramm umsetzen. Die Zielgruppe dieses Projekts sind 300 Straßenkinder, zur Arbeit genötigte Kinder, SchulabbrecherInnen und andere in den Slums der Hauptstadt Dhaka lebende Kinder zwischen fünf und vierzehn Jahren, die aufgrund ihrer Lebensumstände die Schule nicht untertags besuchen können. In bereits existierenden Schulen werden die Kinder an sechs Wochentagen in der Zeit von 18.00 bis 21.00 Uhr unterrichtet. Die LehrerInnen erhalten ein adäquates und den Lehrplänen angepasstes Training. Darüber hinaus wird Sensibilisierungsarbeit zum Thema Kinderrechte erfolgen, wobei auch medizinisches Personal auf die Bedürfnisse der Straßenkinder geschult wird.

Bei Eltern- und Gemeindeversammlungen sollen durch Workshops die Bildungsmöglichkeiten in Form der Nachtschule für Straßen- und arbeitende Kinder vermittelt werden. Allen teilnehmenden SchülerInnen wird eine Erstausrüstung mit Lehrmaterialien, Schulbüchern, Heften und Stiften zur Verfügung gestellt.

Durch die Einrichtung eines Schulmanagement-Komitees wird die lokale Gesellschaft dauerhaft in das Projekt eingebunden. Lokale Gemeinschaften und Organisationen können so den Fortbestand der Nachtschule auch nach Ende des Projekts sichern.

2.2. Burkina Faso



Projektland: Burkina Faso

Hauptstadt: Ouagadougou

Größe: 274.000 km²

Einwohnerzahl: 14 Mio.

Sprachen: Französisch, Mooré, Djoula, Fulfulde u.a.

Human Development Index (HDI): 0,331 (181.)

Projekträger: Laafi – Initiative für Entwicklung

Laufzeit: 20.12.12 bis 31.07.2015

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „Errichtung eines Zentrums für Gesundheit und gesellschaftliche Förderung“

Ausgangslage:

Das westafrikanische Land Burkina Faso zählt zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt und ist deshalb ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Besonders die Situation im Gesundheitssektor ist dramatisch. So müssen beispielsweise die BewohnerInnen der Region Poin im Süden des Landes erst einen zweistündigen Fußmarsch auf sich nehmen um die nächste Dorfambulanz zu erreichen. In Poin selbst stehen nur traditionelle HeilerInnen und Dorf-Hebammen zur Verfügung. Aufklärung und Bewusstseinsbildung zum Schutz von besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen wie Frauen und Kindern fehlen.

Maßnahmen:

Um die Gesundheitsversorgung der regionalen Bevölkerung zu verbessern, wird der Verein Laafi-Initiative für Entwicklung in Abstimmung mit dem nationalen Entwicklungsplan für das Gesundheitswesen mit einer lokalen NGO ein „Zentrum für Gesundheit und gesellschaftliche Förderung (französisch: Centre de Sante et Promotion Social, CSPS)“ errichten. Diese Ambulanz wird für ca. 10.000 Menschen der Region die Themen HIV-Prävention, Hygiene, Familienplanung, Frauen- und Kinderrechte vermitteln sowie Aufklärung gegen die weibliche Genitalverstümmelung (FGM) betreiben.

Weiters werden Impfkampagnen in den Dörfern des Einzugsgebietes ermöglicht sowie die ambulante und stationäre Versorgung von Kranken sichergestellt. Ein Schwerpunkt wird

auch die medizinische Betreuung von Frauen während Schwangerschaft, Entbindung und Stillzeit sein.

Geleitet wird das Medizinzentrum von drei staatlich ausgebildeten Gesundheitsbeauftragten, einer Hebamme und zwei AllgemeinmedizinerInnen. Der Staat stellt und bezahlt das Personal und überwacht die finanzielle Gebarung. Ein Leitungskomitee der Dorfgemeinschaft sorgt für die gesellschaftliche Verankerung und Akzeptanz der Ambulanz.

2.3. Burundi



Projektland: Burundi

Hauptstadt: Bujumbura

Größe: 27.834 km²

Einwohnerzahl: 10,5 Mio.

Sprachen: Kirundi, Französisch u.a.

Human Development Index (HDI): 0,316 (185.)

Projekträger: CARE

Laufzeit: 1.8.2012 bis 31.01.2013

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „Bildung für Mädchen“

Ausgangslage:

Der zentralafrikanische Staat Burundi ist gemäß des Human Development Index der Vereinten Nationen auf Platz 185 von 187 erfassten Ländern gereiht. Burundi gilt somit als eines der ärmsten und am wenigsten entwickelten Länder der Welt. Weiters weist das flächenmäßig kleine Land eine sehr hohe Bevölkerungsdichte von 367 Personen pro Quadratkilometer auf. Zwischen den Jahren 1993 und 2005 erschütterte ein Bürgerkrieg Burundi, der gravierende Folgen für die Menschen, insbesondere für Kinder hatte. Als Folge von Krieg und HIV/AIDS sind in Burundi 850.000 Kinder zu Waisen geworden. Der Zugang zu Bildung und zur Gesundheitsversorgung ist für diese Gruppe auf Grund der geringen Infrastruktur extrem eingeschränkt. Die Einschulungsrate beträgt nur 75 Prozent, wobei jene der Mädchen unter der der Buben liegt. Das Angebot an Lehrpersonal, Klassenräumen und Schulmaterial ist unzureichend, worunter die Qualität der Bildung leidet. Alle diese Faktoren führen dazu, dass nur 41 Prozent der SchülerInnen die Grundschule abschließen.

Maßnahmen:

CARE Österreich wird daher gemeinsam mit CARE Burundi ein Projekt in zwei Gemeinden zur Erhöhung der Schulbesuchsrate - insbesondere für Mädchen – umsetzen. Die Reintegration bzw. die Vermeidung des Schulabbruchs haben dabei oberste Priorität. Die Zielgruppe umfasst ca. 1.800 Kinder. In Kooperation mit vier Schulen der ausgewählten Gemeinden wird ein Training für LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern organisiert. Weiters wird das Projekt Bewusstseinsbildung zur Prävention von sexueller Gewalt in den

Gemeinden fördern. Durch das Lehrmodul „life skills“ werden Jugendliche befähigt, Konflikte gewaltfrei auszutragen und die Rechte ihrer Mitmenschen zu achten. Durch die Partizipation der Kinder in den einzurichtenden Schulclubs wird ihre Persönlichkeitsbildung und das Verantwortungsbewusstsein gefördert. Die gegründeten Kinderkomitees erarbeiten einen Verhaltenscodex und wirken als Multiplikatoren. Der angebotene Sexualkundeunterricht soll helfen, die Problematik von sexuellem Missbrauch und HIV/AIDS einzudämmen.

Das Projekt der Caritas Österreich ist somit ein förderungswürdiger Beitrag zur Erhöhung des Bildungsgrades von Kindern sowie einer friedlichen sozialen Entwicklung in einem der ärmsten Staaten der Welt.



Foto: Care

2.4. Indien



Projektland: Indien

Hauptstadt: Neu- Delhi

Größe: 3.287.590 km²

Einwohnerzahl: 1,2 Mrd.

Sprachen: Hindi u.a.

Human Development Index (HDI): 0,547 (134.)

Projekträger: Volkshilfe Solidarität

Laufzeit: 5. Juli 2012 bis 31.12. 2013

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „Kinderrechte und Kinderschutz in fünf Slums von Madurai“

Ausgangslage:

Trotz der boomenden wirtschaftlichen Entwicklung in Indien sind die Einkommens- und Lebensverhältnisse der Bevölkerung von extremer Ungleichheit gekennzeichnet. Für Millionen von InderInnen in den ländlichen Regionen und den städtischen Ballungsräumen ist Armut nach wie vor allgegenwärtig.

Das Interventionsgebiet des Projekts ist die südindische Stadt Madurai. In den Außenbezirken der Millionenstadt leben ca. 300.000 Menschen in Slums unter unwürdigen Lebensbedingungen. Es gibt keine adäquaten Unterkünfte, keine Kanalisation, keine sanitären Anlagen, keine Schulen und keine medizinische Versorgung. Die schwierige Einkommenssituation zwingt viele Eltern, ihre Kinder zur Arbeit in Steinbrüche oder in Fabriken zu schicken oder Müll zur Rohstoffwiederverwertung zu sammeln.

Maßnahmen:

Die Volkshilfe leistet nun in Kooperation mit der lokalen Partnerorganisation People's Development Association (PDA) einen Beitrag zur Einhaltung der Kinderrechte und zum Schutz vor Ausbeutung. Die direkt Begünstigten des Projekts sind 300 Kinder zwischen sechs und vierzehn Jahren, die Kinderarbeit verrichten, 100 Kinder und Jugendliche, die die Schule abgebrochen haben sowie deren Eltern. Im Projektzeitraum werden sieben GemeinwesenarbeiterInnen und eine Gesundheitsberaterin angestellt werden. Die Maßnahmen, die in fünf Slums von Madurei erfolgen werden, umfassen Aufklärungsarbeit

zum Thema Kinderrechte im zu errichtenden Kontaktzentrum, eine Gesundheitsberatung sowie Trainings für Kinder und Jugendliche. Ein Hauptaugenmerk liegt auf der Wiedereingliederung von SchulabbrecherInnen und arbeitenden Kindern in den formalen Schulbetrieb.

Darüber hinaus wird ein nicht-formelles fachliches Training und eine Berufsausbildung für Kinder und Jugendliche organisiert. Die Familien von arbeitenden Kindern werden bei einkommensschaffenden Projekten unterstützt. Weiters wird die Selbstorganisation der SlumbewohnerInnen ermöglicht, damit sie selbst für ihre Interessen eintreten können. Die Summe der Maßnahmen des Projekts stellt somit einen adäquaten Schritt zur Wahrung der Rechte von Kindern und ihrem Recht auf Bildung und Menschenwürde dar.

2.5. Laos



Projektland: Laos

Hauptstadt: Vientiane

Größe: 236.800 km²

Einwohnerzahl: 6,2 Mio.

Sprachen: Lao u.a.

Human Development Index (HDI): 0,524 (138.)

Projekträger: Rotes Kreuz

Laufzeit: 20.12. 2012 bis 31.12. 2013

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „Recht auf Gesundheit für Dorfkinder in Luang Namtha“

Ausgangslage:

Die südostasiatische Republik Laos steht im Human Development Index der Vereinten Nationen im Jahr 2011 an 138. Stelle von insgesamt 187 Staaten und zählt zu den am stärksten von Armut und Unterentwicklung betroffenen Ländern. Nur 51 Prozent der ländlichen Bevölkerung in Laos haben Zugang zu sauberem Wasser und nur 38 Prozent haben einen Zugang zu sanitären Einrichtungen. Besonders dramatisch ist die Situation im Distrikt Nale in der Provinz Luang Namtha, die an China und Myanmar grenzt. Mangel an sauberem Wasser und unzureichende Hygiene führen zu vielen Krankheiten und Todesfällen, da oftmals der Zusammenhang von Wasser, Hygiene und Gesundheit der Bevölkerung nicht bekannt ist. Zwar wurden in den letzten Jahren Maßnahmen seitens der Regierung zur Verbesserung der Wasserversorgung gesetzt, doch fehlt es an Einbindung der Bevölkerung und an Bewusstseinsarbeit. In den meisten Dörfern des Distrikt Nale dienen kleine Wasserläufe und unbefestigte Wasserlöcher zur Trinkwasserversorgung. Das Wasser ist durch die landwirtschaftliche Nutzung (z.B. Viehtränke) verschmutzt und unterliegt großen saisonalen Schwankungen. Die prekäre Wassersituation und die mangelnde Hygiene führen bei vielen BewohnerInnen - allen voran bei Kindern – zu Infektionskrankheiten und dauernder Schwächung der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit. Die Hälfte aller Todesfälle von Kindern unter fünf Jahren wird durch verunreinigtes Wasser verursacht.

Die Stadt Wien hat in Laos bereits 2011 ein Wasserbauprojekt und 2009 ein Projekt zur Verbesserung der Mutter-Kind-Gesundheit, Hygiene und Hebammenausbildung mit dem

Roten Kreuz umgesetzt. Das nun vorliegende Projekt ist Teil eines größeren Gesundheitsprogramms in Luang Namtha mit dem Fokus auf Wasser-, Latrinen-, und Gesundheitsförderung sowie methodischem Fokus auf Empowerment und Partizipation.

Maßnahmen:

In einer ersten Phase werden in zwei Gemeinden des Bezirks Nale Gesundheitskomitees gegründet, die Gesundheits- und Hygieneaufklärung in Schulen und Haushalten durchführen werden. Dazu werden kindergerechte Schulungsmaterialien erstellt und Hygieneartikel bereitgestellt.

In einer zweiten Phase werden in den beiden Dörfern durch ExpertInnen des Laotischen Roten Kreuzes und der Wasserbehörde saubere Quellen gefasst und die Wasserversorgung der Haushalte errichtet. Jeder Haushalt stellt einerseits lokale Materialien wie Sand und Steine zur Verfügung und leistet andererseits neben der persönlichen Bautätigkeit auch einen geringen finanziellen Eigenbeitrag. Die sanitären Anlagen und die Wasserleitungen werden unter fachkundiger Anleitung der TechnikerInnen von den DorfbewohnerInnen selbst gebaut. Nach Abschluss der Arbeiten sind sie selbst für die Wartung der Systeme verantwortlich.

In einer dritten Phase werden die Wasserkomitees in Hygiene geschult und laufend begleitet. Hier wird besonders auf die gute Einbindung von Frauen geachtet werden.

Mit dem vorliegenden Projekt wird ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung des Rechts auf Partizipation geleistet und die Eigenverantwortung der laotischen Bevölkerung gefördert. Durch die innerdörfliche Wasserversorgung werden vor allem Frauen und Mädchen von der schweren Arbeit des täglichen Wasserholens entlastet und können nachhaltig ihre gesundheitliche und ökonomische Situation verbessern.

2.6. Moldau



Projektland: Moldau

Hauptstadt: Chisinau

Größe: 33.843 km²

Einwohnerzahl: 3,5 Mio.

Sprachen: Moldauisch, Russisch u.a.

Human Development Index (HDI): 0,649 (111.)

Projekträger: Caritas

Laufzeit: 1.8.2012 bis 31.08.2013

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „Recht auf Vorschulbildung in Sloboda Rashkov“

Ausgangslage:

Die Republik Moldau ist seit ihrer Unabhängigkeit vor 20 Jahren tiefgreifenden Veränderungen unterworfen. Durch den Zusammenbruch der Wirtschaft, die Massenarbeitslosigkeit und die de-facto Spaltung des Landes in zwei Teile, ist es zu einer Verarmung weiter Teile der Bevölkerung gekommen. Die Auflösung wirtschaftlicher Strukturen und die einhergehende Arbeitsmigration der erwerbsfähigen Bevölkerung ins Ausland haben dramatische Auswirkungen auf das Familien- und Sozialwesen Moldaus. Viele Kinder wachsen entweder bei nur einem Elternteil auf oder sind sogenannte Sozialwaisen, die nur notdürftig von Verwandten versorgt werden. Besonders dramatisch ist die Situation im abgespaltenen, aber international nicht als Staat anerkannten, Landesteil Transnistrien. Auch die jahrzehntelang vorhandene Vorschulbildung ist in Moldau dramatisch zurückgegangen. In den Jahren 1999 bis 2005 ging die Zahl der Vorschuleinrichtungen in Moldau um 53 Prozent zurück.

Maßnahmen:

Die Caritas plant nun im Dorf Sloboda Rashkov im Nordosten Transnistriens die Wiedereröffnung eines Kindergartens. Gerade hier sind die Probleme der prekären Familienverhältnisse, des Alkoholmissbrauchs der Eltern und der allgemeinen Vernachlässigung besonders evident. Durch die Einrichtung einer Vorschulgruppe werden 25 marginalisierte Kinder an fünf Wochentagen pädagogisch betreut, erhalten drei

Mahlzeiten pro Tag und die bestmöglichen Rahmenbedingungen für ihre geistige und körperliche Entwicklung.

Ein weiterer wichtiger Teilbereich des Projekts ist die aufsuchende Sozialarbeit mit den Eltern der Kinder. Diese werden bei der Arbeitssuche unterstützt und in Krisensituationen stabilisiert. An Wochenenden erfolgen zusätzliche Elterntrainings, um die Eltern bei der Erziehung zu unterstützen und die kindliche Entwicklung zu fördern.

Das im Projekt beschäftigte Personal wird laufend nach Methoden der modernen Kinderpädagogik geschult. Die Nachhaltigkeit des Projekts liegt insbesondere darin, dass der Kindergarten nach Projektabschluss von der Gemeinde Sloboda Rashkov weiterbetrieben wird.



Foto: Caritas

2.7. Mosambik



Projektland: Mosambik

Hauptstadt: Maputo

Größe: 801.590 km² km²

Einwohnerzahl: 23 Mio.

Sprachen: Portugiesisch u.a.

Human Development Index (HDI): 0,322 (184.)

Projekträger: Licht für die Welt

Laufzeit: 1.10.2012 bis 31.12.2013

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „Inklusive Schulbildung für Kinder mit Behinderung“

Ausgangslage:

Durch den bis in die Mitte der 1990er Jahre andauernden Bürgerkrieg in Mosambik ist das Bildungssystem und die Teilnahme von Menschen mit Behinderung noch niedriger als in anderen Entwicklungsländern. Der Wiederaufbau der Infrastruktur des Landes ist noch immer nicht abgeschlossen und wurde durch mehrere Naturkatastrophen in den letzten Jahren weiter zurückgeworfen. Noch nicht geräumte Landminen stellen nach wie vor eine Gefahr für die Bevölkerung dar und sind mit ein Grund für die große Zahl von behinderten Menschen.

Die auf das Thema Inklusion spezialisierte NGO „Licht für die Welt“ wird zur Verbesserung der Lage von Menschen mit Behinderung ein Projekt in der Provinz Sofala mit einer Laufzeit von vierzehn Monaten umsetzen.

Maßnahmen:

In einer ersten Projektphase werden Eltern für das Thema Bildung für Kinder mit Behinderung sensibilisiert, danach werden 53 Kinder eingeschult und intensiv begleitet. Das Schulareal wird durch den Einbau von Rampen adaptiert und die Kinder erhalten am Schulstandort Verpflegung sowie eine Grundausstattung mit Hygieneartikeln und Schulmaterialien. Für Kinder, die aufgrund fehlender Förderung in ihrer frühen Kindheit mit Lernschwierigkeiten zu kämpfen haben, wird drei Mal pro Woche ein Förderunterricht angeboten. In kreativen Workshops wird das geschädigte Selbstvertrauen der Kinder

gestärkt. Einfache landwirtschaftliche Tätigkeiten im Schulgarten vermitteln Basiswissen und verbessern das Verantwortungsbewusstsein.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Projekts ist die Miteinbeziehung und Sensibilisierung von Regierungsverantwortlichen und der 40 LehrerInnen der Schule, um sie bei der Integration der Kinder zu begleiten und Vorurteile abzubauen. Weiters ist das Vorhaben mit den Behörden abgestimmt und entspricht den Vorhaben des nationalen Entwicklungsplans Mosambiks. Da die Inklusion von Menschen mit Behinderung ein von den Vereinten Nationen definiertes Entwicklungsziel ist, liefert das eingereichte Projekt einen hervorragenden Beitrag dazu.

2.8. Myanmar



Projektland: Myanmar

Hauptstadt: Naypyidaw

Größe: 678.500 km²

Einwohnerzahl: 54 Mio.

Sprachen: Birmanisch u.a.

Human Development Index (HDI): 0,483 (149.)

Projekträger: SONNE-International

Laufzeit: 1.10.2012 bis 31.9.2013

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „Tagesbetreuungsstätte für Straßenkinder in Yangon“

Ausgangslage:

In Myanmar, dem vormaligen Burma, führt die Herrschaft der Militärregierung sowie die kriegerische Unterdrückung nationaler Minderheiten zu einer rasch wachsenden Landflucht. In den Vororten der ehemaligen Hauptstadt Yangon sind Slums entstanden, in denen die verarmten BewohnerInnen ohne Perspektive leben. Drogen- und Alkoholsucht, familiäre Gewalt und Prostitution prägen oftmals die soziale Situation. Viele Frauen leben alleine mit ihren Kindern in einem Haushalt und können oft nicht die Grundbedürfnisse der Familie decken. Viele Kinder werden auf die Straße geschickt um selbst ein Einkommen zu erwirtschaften oder sie flüchten von zuhause, um ein vermeintlich besseres Leben auf der Straße zu suchen.

Maßnahmen:

Der im Sozial- und Bildungssektor sehr erfahrene Verein SONNE-International (Support Organisation for Non-formal Needed Education) wird als Maßnahme zur Verbesserung der Situation der Kinder in Kooperation mit der lokalen Partnerorganisation „Myanmar Professional Social Workers Association (MPSWA)“ ein Tageszentrum in Yangon einrichten. Ein Team von vier SozialarbeiterInnen wird 50 Kindern täglich Schutz, Hilfe und Bildung geben. Die Kinder werden medizinisch versorgt, erhalten eine Basisausstattung mit Hygieneartikeln sowie Nahrung und Kleidung. Weiters wird ein Förderunterricht angeboten und die Reintegration von SchulabbrecherInnen betrieben. Dazu erhalten alle SchülerInnen

eine Grundausstattung mit Schreibwaren und Lernmaterialien. Wo immer möglich, wird auch Sozialarbeit mit den Eltern geleistet, um eine mögliche Reintegration in ein familiäres Umfeld zu ermöglichen. Die Nachhaltigkeit des Projekts ist insofern gegeben, als das Tageszentrum durch Spenden aus Myanmar und Österreich nach Projektende weiterbetrieben wird und zusätzlich ein Programm zur handwerklichen Ausbildung für Jugendliche sowie ein Mikrokreditprogramm für Eltern organisiert wird. Mit der Förderung dieses Kinderschutzzentrums leistet die Stadt Wien einen Beitrag zur sozialen Entwicklung sowie zur sich abzeichnenden politischen Öffnung des Landes.



Foto: SONNE-International

2.9. Nepal



Projektland: Nepal

Hauptstadt: Kathmandu

Größe: 147.181 km²

Einwohnerzahl: 30 Mio.

Sprachen: Nepali u.a.

Human Development Index (HDI): 0,428 (138.)

Projekträger: PHASE Austria

Laufzeit: 20.12.12 bis 31.10.2013

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „Gesundheit und Bildung als Kinderrechte“

Ausgangslage:

Nepal ist eines der ärmsten Länder der Welt und nimmt im Human Development Index (HDI) der Vereinten Nationen von 2011 den 138. Platz von 169 Ländern ein. In der Gruppe der asiatischen Länder liegt Nepal bei den Armutsindikatoren an vorletzter Stelle vor Afghanistan. Etwa ein Drittel der Bevölkerung lebt in extremer Armut, wovon besonders die Bevölkerung in den abgelegenen Dörfern betroffen ist. Die soziale und wirtschaftliche Situation ist auch noch nach Beendigung des zehnjährigen Bürgerkrieges 2006 dramatisch.

Die Lebenserwartung in Nepal ist die niedrigste in Asien. Der Anteil an mangel- und unterernährten Kindern ist mit 48 Prozent am höchsten. Dazu kommt eine kaum vorhandene pränatale Vorsorge bzw. Betreuung während und nach der Geburt. Dies führt in Folge zu einer hohen Müttersterblichkeit und einer hohen Mortalität Neugeborener. Zudem leiden Kinder häufig aufgrund des fehlenden Wissens und nicht vorhandener Hygiene an Atemwegs- und Durchfallerkrankungen. Ein weiteres Entwicklungshemmnis ist der kaum vorhandene Bildungssektor. In vielen entlegenen Regionen gibt es kein ausgebildetes Lehrpersonal und keine geeignete Infrastruktur, sodass insgesamt der Wert der Bildung bei der Bevölkerung kaum geschätzt wird. Dies führt dazu, dass die Grundschule von weniger als 30 Prozent der Buben und von weniger als 20 Prozent der Mädchen abgeschlossen wird.

Maßnahmen:

Um die Bemühungen der nepalesischen Regierung in den abgelegenen Regionen des Landes zu unterstützen, wird von PHASE-Austria mit der lokalen Partnerorganisation PHASE-Nepal ein Projekt zur Verbesserung der Gesundheits- und Bildungssituation umgesetzt.

Das auf zwei Jahre angelegte Projekt beginnt mit Aufklärungsarbeit durch SozialarbeiterInnen in sechs ausgewählten Dörfern des Distrikts Gorkha, um die Wichtigkeit der Bildung – vor allem auch für Mädchen – mit den Eltern zu erarbeiten.

Weiters werden Workshops und Trainings zum Thema reproduktive Gesundheit sowie Pflege und Ernährung von Neugeborenen von Hebammen durchgeführt. In einem Trainingsmodul wird die Bevölkerung über gesunde Ernährung für Kinder und die häusliche Behandlung von Gesundheitsproblemen informiert. Ein wichtiger Aspekt ist auch die Bewusstseinsarbeit mit EntscheidungsträgerInnen auf Ebene der Politik und Verwaltung vor Ort zu den Themen Bildung und Gesundheit sowie Kinderrechte.

Nach Projektabschluss werden die EinwohnerInnen aller sechs ausgewählten Gemeinden befähigt sein, ihr Recht auf Bildung zu verstehen und vermehrt in Anspruch zu nehmen. Die Fördermittel der Stadt Wien werden anteilmäßig für die notwendigen Personal- und Sachkosten verwendet.

Die durch dieses Projekt erreichten Ziele können einen nachhaltigen Beitrag zur Hebung der Impfungsraten sowie zur Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit leisten. Eine Steigerung der Alphabetisierungsrate und die bessere Teilnahme am Schulbetrieb leisten einen förderungswürdigen Beitrag zur Verbesserung des Lebensstandards der nepalesischen Bevölkerung.



Foto: Phase Austria

2.10. Sri Lanka



Projektland: Sri Lanka

Hauptstadt: Colombo

Größe: 65.610 km²

Einwohnerzahl: 20 Mio.

Sprachen: Singhalesisch, Tamilisch

Human Development Index (HDI): 0,691 (97.)

Projekträger: Jugend Eine Welt

Laufzeit: 1.9.2012 bis 31.07.2013

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „SchülerInnen haben Recht auf Erziehung und Schutz“

Ausgangslage:

Der drei Jahrzehnte währende Bürgerkrieg sowie die Tsunami-Katastrophe von 2004 haben im südasiatischen Staat Sri Lanka die Lebensumstände für Kinder und Jugendliche stark negativ beeinflusst. Tausende Kinder sind zu Waisen geworden, leben auf der Straße oder sind von Ausbeutung, Sextourismus und drückender Armut bedroht. Aufgrund der traumatischen Erfahrungen und der geringen wirtschaftlichen Möglichkeiten ist für viele Kinder und Jugendliche der Schulbesuch nicht möglich oder muss vorzeitig abgebrochen werden. Nach staatlichen Angaben erreichen 52% der Jugendlichen keinen Schulabschluss.

Maßnahmen:

Um diesen marginalisierten Kindern eine Lebensperspektive zu eröffnen, wird die entwicklungspolitische Organisation „Jugend Eine Welt“ ein mehrteiliges Projekt zur Förderung dieser Zielgruppe, die aus ehemaligen KindersoldatInnenen, Tsunami- und Kriegswaisen, SchulabbrecherInnenen, Straßenkindern und Opfern von Sextourismus besteht, umsetzen. Die direkt Begünstigten des Projekts sind 275 Kinder und Jugendliche, mehr als die Hälfte davon Mädchen. Der psychologischen Betreuung der 100 tamilischen Mädchen wird besonderes Augenmerk geschenkt. Ein Teil von ihnen hat im Bürgerkrieg die Eltern verloren, ein anderer Teil leidet an den seelischen und körperlichen Folgen des Missbrauchs als Kindersoldatin bzw. unter der Ausbildung zur Selbstmordattentäterin. Für die Kinder und Jugendlichen, die in drei Jugendzentren untergebracht sind, wird ein umfassendes Bildungs- und Betreuungsangebot erstellt. Sie erhalten täglich zwei Stunden Förderunterricht in allen

Unterrichtsfächern. So können sie das Klassenlernziel erreichen und der Schulabbruch wird vermieden. Auch der angebotene Englischunterricht wird es Jugendlichen später möglich machen, eine höherwertige berufliche Tätigkeit auszuüben. Alle SchülerInnen erhalten Hefte, Bücher und Schreibmaterialien, um am Unterricht teilnehmen zu können. Gemeinsame Freizeitaktivitäten fördern das soziale Miteinander der Kinder und Jugendlichen, gegenseitigen Respekt und das friedliche Zusammenleben der jungen Menschen aus unterschiedlichen Ethnien. Alle SchülerInnen werden umfassend gepflegt sowie medizinisch und psychologisch betreut. Im Rahmen des Projekts werden 19 ausgebildete LehrerInnen angestellt, die die Projektumsetzung garantieren. Das vorliegende Projekt ist somit ein hervorragender Beitrag zur nationalen Versöhnung in Sri Lanka und eine nachhaltige Stärkung der Kinderrechte.



Foto: Jugend Eine Welt

2.11. Uganda (I)



Projektland: Uganda

Hauptstadt: Kampala

Größe: 241.040 km²

Einwohnerzahl: 31,4 Mio.

Sprachen: Luganda, Englisch u.a.

Human Development Index (HDI): 0,446 (161.)

Projektträger: Nord-Süd-Kooperation

Laufzeit: 1.9.2012 bis 31.12.2013

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „Förderung von Kinderrechten in Gulu“

Ausgangslage:

Die Region Nord-Uganda hat einen 20 Jahre dauernden internen Konflikt zwischen der Lord's Resistance Army (LRA) und ugandischen Regierungstruppen hinter sich. Im Verlauf des Krieges wurde die Zivilbevölkerung zur Hauptzielgruppe der Rebellenangriffe. Diese töteten tausende Zivilisten, entführten Kinder und bildeten sie zu KindersoldatInnen aus. Als Gegenmaßnahme siedelte die Regierung 90 Prozent der Bevölkerung in sogenannte Schutzlager um. Seit dem Waffenstillstand im Jahr 2006 sind diese Lager in schrittweiser Auflösung und die Mehrheit der Bevölkerung ist in die Dörfer zurückgekehrt, aber die schlechte Situation in Bezug auf häusliche Gewalt und Kinderrechtsverletzungen konnte noch nicht überwunden werden. Ehemalige KindersoldatInnen und sogenannte „rebel wives“ finden auch nach Ende von Reintegrationsprogrammen wenig Möglichkeiten sich in die lokalen Gemeinschaften zu reintegrieren.

Maßnahmen:

Die Organisation Nord-Süd-Kooperation wird nun mit dem lokalen Partner Hope and Peace for Humanity (HPH) für die Dauer von 16 Monaten ein Projekt zur Verbesserung der problematischen Kinderrechtssituation implementieren. Die Aktivitäten bestehen aus Trainings zu Kinderrechten, Sensibilisierung für Kinderrechte und Interventionsmöglichkeiten für EntscheidungsträgerInnen wie z.B. BeamtenInnen, LehrerInnen und Community Leaders. Weiters wird eine Sozial- und Gesundheitsberatung organisiert und Einzelfallhilfe für extrem gefährdete Haushalte und Individuen ermöglicht.

Das Projekt wird 1.500 Kinder in und außerhalb von Schulen, 100 SchullehrerInnen, 100 GesundheitsberaterInnen, 200 Schulmanagementkomitees, 300 GemeinderätInnen, 2.000 Eltern sowie PolizistInnen und lokale Autoritäten befähigen und stärken.

Da Uganda ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ist und im Norden Ugandas besonderer Handlungsbedarf in Bezug auf Kinderrechte gegeben ist, ist das vorliegende Projekt im hohen Maß als förderungswürdig zu bezeichnen.



Foto: Bernhard Bouzek

2.12. Uganda (II)



Projektland: Uganda

Hauptstadt: Kampala

Größe: 241.040 km²

Einwohnerzahl: 31,4 Mio.

Sprachen: Luganda, Englisch u.a.

Human Development Index (HDI): 0,446 (161.)

Projekträger: Österreichisch-Ugandische Freundschaftsgesellschaft

Laufzeit: 1.9. 2012 bis 31.12. 2014

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „Schulische Infrastruktur für Rusekere“

Ausgangslage:

Obwohl im afrikanischen Staat Uganda eine verpflichtende Grund- und Mittelschulbildung eingeführt wurde, fehlt es im Schulsektor an grundlegender Infrastruktur. Staatliche Schulen sind stark unterfinanziert, die LehrerInnen auf Grund der schlechten Arbeits- und Lohnverhältnisse oftmals demotiviert. Hinzu kommen die geringen finanziellen Möglichkeiten der Eltern, ihren Kindern eine angemessene Ausbildung zu ermöglichen. Dem Staat ist es aus budgetären Gründen und wegen des raschen Bevölkerungswachstums nicht möglich, den großen Bedarf an schulischer Infrastruktur ausreichend abzudecken. Österreich unterstützt seit vielen Jahren den wirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Aufbau des Landes. Uganda ist ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, wobei neben dem Wassersektor auch der Bildungs- und Kultursektor gefördert wird. Die Österreichisch-Ugandische Freundschaftsgesellschaft (ÖUFG) unterhält seit vielen Jahren enge Kontakte mit der Rusekere High-School, die von der Diözese Fort Portal im Nordwesten Ugandas geführt wird. Es ist das einzige Gymnasium in Fort Portal und wird von Mädchen und Burschen besucht. Mit finanzieller Unterstützung der Stadt Wien wurde bereits vor einem Jahr ein Bauvorhaben am Schulcampus realisiert.

Maßnahmen:

Die ÖUFG wird nun ein Mehrzweckschulgebäude mit Trennwänden errichten. Darin können in Zukunft mehrere Klassen ganzjährig unterrichtet werden sowie Abschlussprüfungen

stattfinden. Dadurch wird sich eine nachhaltige Verbesserung der baulichen Infrastruktur ergeben und die Möglichkeit für eine höhere Bildung und Berufsqualifizierung gesteigert.

2.13. Westsahara



Projektgebiet: Sahaurische Flüchtlingslager in Algerien

Projekträger: GEZA

Laufzeit: 1.10.2012 bis 31.12.2013

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „Physiotherapeutischer Pflegedienst für behinderte saharaurische Kinder“

Ausgangslage:

Auch nach der 1991 geschlossenen Waffenstillstandsvereinbarung zwischen Marokko und der POLISARIO, der politischen Vertretung des Territoriums Westsahara, ist die völkerrechtliche, politische und soziale Situation umstritten und von Konflikten gekennzeichnet. Trotz einer Präsenz der UNO vor Ort und einer Aufforderung der internationalen Staatengemeinschaft an Marokko, ein Referendum über den zukünftigen Status der Westsahara abzuhalten, ist die Lage nach wie vor unverändert. Bis heute leben etwa 170.000 Sahauris in fünf Flüchtlingslagern nahe der Stadt Tindouf in der algerischen Sahara. Das Gebiet der Westsahara ist aktuell durch eine befestigte und verminte Grenzanlage geteilt. Diese wurde von Marokko entlang der Waffenstillstandslinie errichtet.

Maßnahmen:

Das Interventionsgebiet des vorliegenden Projekts sind die fünf von der saharischen Exilregierung selbstverwalteten Lager. Ziel des Projekts von GEZA ist die Einrichtung eines physiotherapeutischen Pflegedienstes für behinderte Kinder in den saharischen Flüchtlingslagern im Südwesten Algeriens. Das Projekt wird von der GEZA in Zusammenarbeit mit dem lokalen Kooperationsministerium und dem Sekretariat für Soziales der Demokratischen Arabischen Republik, die die Lager autonom verwaltet, durchgeführt. Die Projektlaufzeit beträgt 15 Monate. Ein österreichischer Physiotherapeut wird 50 HeimhelferInnen ausbilden, die sodann regelmäßig die physiotherapeutische Behandlung behinderter Kinder übernehmen werden. Die unterrichteten Methoden werden an die pflegenden Familienangehörigen weitergegeben und in die tägliche Pflege integriert. Dies führt zu einem verbesserten Gesundheitszustand und höherer Lebensqualität der Kinder mit Behinderung. Ergänzend erhalten die Familien ein Kontingent an Pflegematerialien.

3. Sonderprojekte

3.1. Südafrika



Projektland: Südafrika

Hauptstadt: Pretoria

Größe: 1.219.912 km²

Einwohnerzahl: 51,8 Mio.

Sprachen: Afrikaans, Englisch, Süd-Ndebele, isiXhosa, isiZulu, Nord-Sotho, Sesotho, Setswana, Siswati, Tshivenda, Xitsonga

Human Development Index (HDI): 0,619 (123.)

Projekträger: S2Arch - Social and sustainable architecture

Laufzeit: 5. Juli 2012 bis 31.12.2013

Förderung: EUR 50.000,-

Titel: „Errichtung von Schulgebäuden in den Townships von Johannesburg und in Port Edward“

Ausgangslage:

In der Republik Südafrika besteht noch immer eine extrem große soziale Ungleichheit zwischen den Bevölkerungsgruppen. In den Wohngebieten der Bevölkerungsmehrheit, die in den Zeiten der rassistischen Apartheid systematisch ausgegrenzt wurden, besteht ein großer Bedarf an schulischer Infrastruktur. Diesem Umstand entsprechend, errichtet und betreibt der Verein „s2Arch“ seit vielen Jahren in Kooperation mit lokalen Schulvereinen und europäischen Universitäten Schulen.

Um das „Ithuba Community College“ in einem Township bei Johannesburg sowie das „Ithuba Wild Coast Community College“ in Port Edward in der Provinz Eastern Cape weiter auszubauen und für mehr SchülerInnen zugänglich zu machen, sind zusätzliche Schulgebäude notwendig. Gegenwärtig besuchen rund 250 Kinder die Schule in Johannesburg und rund 60 Kinder die Schule in Port Edward. Im Endausbau sollen in Johannesburg ca. 350 Kinder und in Port Edward ca. 300 Kinder unterrichtet werden können. Ziel des Projektes ist es, mittels qualifizierter Bildung den Kindern in den Townships und in den ländlichen Regionen neue Perspektiven jenseits von Armut und Gewalt zu geben.

Maßnahmen:

Die Baumaßnahmen werden mit Fachleuten europäischer Universitäten entwickelt und mit Studierenden dieser Universitäten gemeinsam mit lokalen Arbeitskräften in Südafrika umgesetzt. In Johannesburg werden ein Vorschulgebäude und ein Volksschulgebäude errichtet und an bestehenden Bauwerken kleinere Sanierungen durchgeführt. In Port Edward werden zwei Vorschulgebäude und ein Volksschulgebäude errichtet sowie kleinere Sanierungen an bestehenden Einrichtungen erfolgen.

4. Entwicklungspolitische Fachtagung

Anlässlich der alljährlichen entwicklungspolitischen Fachtagung der Stadt Wien sprachen am 11. Dezember 2012 im Wiener Rathaus ExpertInnen zu aktuellen Fragen rund um das Thema Frauengesundheit. Gemeinderätin Susanne Bluma wies in ihrer Begrüßung auf die Bedeutung des Menschenrechts auf Gesundheitsversorgung hin und betonte die politische Bedeutung des Themas.

Doris Burtscher, Ethnomedizinerin bei „Ärzte ohne Grenzen“, berichtete anhand eines Projekts in Swasiland über den unterschiedlichen Umgang mit dem Phänomen „Krankheit“, der stark von der kulturellen Prägung des Menschen beeinflusst ist. Die Ursachen einer Erkrankung bzw. die Behandlung werden in Kulturen oft sehr unterschiedlich gedeutet und müssen daher bei der Projektentwicklung zur Verbesserung der Lebenssituationen von Menschen in Entwicklungsländern verstärkt berücksichtigt werden. Nadine Krysostan vom European Parliamentary Forum on Population and Development gab einen Einblick über die Lobbying-Arbeit auf internationaler Ebene. Insbesondere erörterte sie die Frage, welche Maßnahmen gesetzt werden müssten, um die Millennium Development Goals im Bereich Gesundheit zu erreichen. Würde die internationale Staatengemeinschaft die derzeitigen Investitionen von 4 Mrd. Dollar pro Jahr verdoppeln, so könnten weltweit im selben Zeitraum 21 Millionen ungewollte Schwangerschaften vermieden werden, die Sterblichkeit von Schwangeren könnte um zwei Drittel gesenkt werden und der Tod von 600.000 Neugeborenen vermieden werden. Ebenso wichtig wie die finanzielle Ausstattung sei aber der politische Wille von Regierungen, gesellschaftlichen Gruppen, Religionsgemeinschaften und der Zivilgesellschaft, Frauen das Recht auf Selbstbestimmung im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit zu geben. Dr. Rezaul Haque, Gynäkologe aus Bangladesch, argumentierte gleichlautend und lieferte Ergebnisse seiner Arbeit mit marginalisierten Frauen aus seiner Heimat. Nur durch das gesellschaftliche Empowerment der Frauen wie z.B. durch bessere Bildung, eigenes Einkommen und Schutz vor häuslicher Gewalt konnte sich die Verbesserung der Gesundheit von Frauen erzielen lassen.

Positive Erfahrungen bei Wiener Projekten

Die Stadt Wien fördert seit Jahren NGO-Projekte in Entwicklungsländern mit dem Schwerpunkt Frauengesundheit. Im Rahmen der Fachtagung konnten die positiven Ergebnisse präsentiert werden. Beispielsweise gelang es der Caritas in der ukrainischen Stadt Odessa, die Mutter-Kind-Übertragung von HIV mittels intensiver Informationsarbeit und Medikamentenabgabe massiv zu senken. Die Volkshilfe baute eine dörfliche Krankenkasse in Burkina Faso auf, die sich mittlerweile selbst finanziert. Die Mitglieder der Krankenkasse

erhalten für einen Beitrag von nur 80 Euro-Cents pro Monat, zehn ärztliche Behandlungen im Jahr. Auf großes Interesse stieß auch der Leistungsbericht der Organisation SONNE-International, die in Äthiopien ein erfolgreiches Programm zur Vermeidung der weiblichen Genitalverstümmelung umsetzt. Weiters gaben zwei Expertinnen einen Einblick in das Wiener Gesundheitsangebot für afrikanische und arabische Frauen am Beispiel des Frauengesundheitszentrums FEM Süd.

Frauengesundheit hat politische Dimension

Bei der zum Abschluss der Fachtagung stattgefundenen Podiumsdiskussion hob die Wiener Frauengesundheitsbeauftragte Beate Wimmer-Puchinger die Notwendigkeit zur Stärkung der politischen Rechte und des gesellschaftlichen Status von Frauen weltweit hervor. Darüber hinaus bedarf es auch auf Seiten der Wissenschaft mehr Engagement für gesundheitsrelevante Themen sowie mehr internationale Aufmerksamkeit für globale Ziele, die im Rahmen der WHO formuliert werden. Gemeinsam mit dem Publikum waren sich die ExpertInnen einig, dass sich die Lebenssituation von Frauen und ihre Position in der Gesellschaft weltweit unmittelbar auf ihre Gesundheit auswirkt. Ihre gesellschaftliche Position bestimmt ihren Entscheidungsfreiraum bei Familienplanung oder Prävention von HIV/Aids. Das Recht auf Gesundheit ist zwar ein universell anerkanntes Menschenrecht, das aber für große Teile der Menschheit nicht gewährleistet ist. Nicht zuletzt deshalb beziehen sich drei der acht Millenniums-Entwicklungsziele auf den Gesundheitsbereich.



Foto: MD-EUI

5. „wien.namibia.begegnung“

Gemeinsam mit der Österreichischen Namibia Gesellschaft (ÖNG) wurde in Kooperation mit der Hauptbücherei im September die Fotoausstellung „Frauen im unabhängigen Namibia“ gezeigt. Bei der Vernissage am 19. September hielt Univ. Prof. Dr. Manfred Hinz von der Universität Bremen den Festvortrag mit dem Titel: „Frauen und Frauenrechte in Namibia“. Bundesminister a.D. Dr. Peter Jankowitsch stellte das von der Stadt Wien finanzierte ÖNG-Projekt „Köchin, Putzfrau, Kindermädchen: Solidaritätsarbeit für weibliche Hausangestellte“ vor. Durch das Wiener EZA-Projekt wurden Hausangestellte befähigt, durch die Gründung einer Gewerkschaft für ihre beschäftigungsrelevanten Anliegen inklusive einer gerechten Bezahlung selbst eintreten zu können.

Den kulturellen Beitrag zur Auftaktveranstaltung lieferte die Schauspielerin, Liedermacherin und Autorin Linde Prelog mit einem Podpourie von Texten aus Namibia.

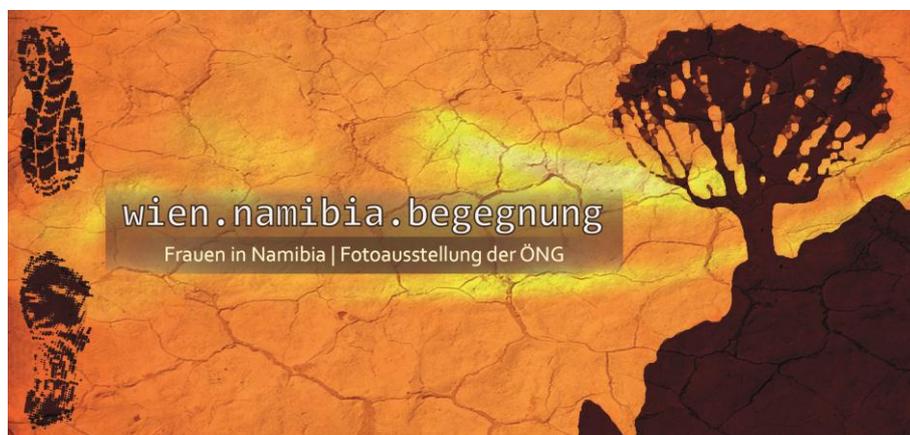
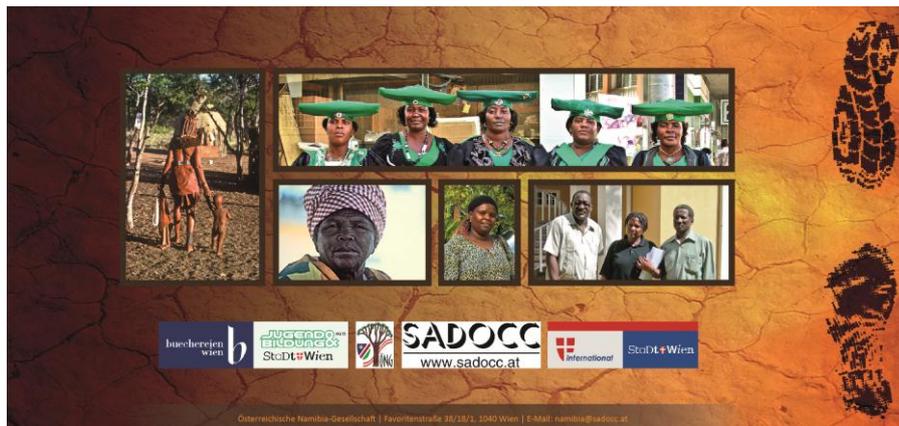


Foto: ÖNG



Publikum bei Festvortrag in der Hauptbücherei. Foto: ÖNG



Bundesminister a.D. Dr. Peter Jankowitsch. Foto: ÖNG



Univ. Prof. Dr. Manfred Hinz. Foto: ÖNG

6. Sensibilisierung für entwicklungspolitische Anliegen

6.1. ADA-Info-Box zu Gast im Rathaus

Magistratsdirektor Dr. Erich Hechtner, Bereichsdirektor für internationale Beziehungen, Dr. Oskar Wawra, und die Geschäftsführerin der Austria Development Agency, Mag. Brigitte Öppinger-Walchshofer, stellten Anfang Jänner 2012 eine Ausstellung zur Entwicklungszusammenarbeit der Öffentlichkeit vor. Vier Wochen lang war im Stadtinformationszentrum im Wiener Rathaus die Wanderausstellung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, die mit Informationen über Wiener Kooperationsprojekte ergänzt worden war, zu sehen. Eine kompakte Infobox zeigte Projekte, Programme und die Menschen dahinter sowie Kurzfilme und Impressionen aus Afrika, Asien, Lateinamerika, Ost- und Südosteuropa. Das Wissen über Entwicklungszusammenarbeit konnte mit einem interaktiven Quiz getestet werden. „Mit der Ausstellung im Wiener Rathaus wollen wir noch mehr EntscheidungsträgerInnen und MultiplikatorInnen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erreichen. Es gilt den Dialog über Entwicklung anzustoßen, denn letztlich wird erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit nur durch gemeinsames Handeln möglich“, so Brigitte Öppinger-Wachshofer.

Wiener Projekte wirken weltweit

Die Stadt Wien leistet, wie alle anderen Bundesländer auch, einen wertvollen Beitrag zur gesamtstaatlichen Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit. Jährlich werden NGO-Projekte mit dem Schwerpunkt Bildung, Gesundheit und Gender in Afrika, Asien und Osteuropa kofinanziert. Die im Rathaus präsentierten Best-Practices-Beispiele zu Wiens Engagement bei der globalen Armutsminderung dokumentieren eine Initiative zur Reintegration von obdachlosen Frauen in Kapstadt, eine Ausbildungsreihe für weibliche Hausangestellte in Namibia, ein Schulprojekt für Mädchen in Äthiopien und ein Projekt zur Trinkwasserversorgung in Laos.



Dr. Erich Hechtner, Mag. Brigitte Öppinger-Walchshofer, Dr. Oskar Wawra. Foto: MD-EUI

6.2. Wien unterstützt Aktion „Kick Fair“

Sportstadtrat Christian Oxonitsch und Bereichsdirektor für internationale Beziehungen, Oskar Wawra, übergaben im Juni der Vertreterin der Stiftung Concordia, Ulla Konrad, 60 Fair-Trade-Fußbälle. „Die Fußball-Europameisterschaft in Polen und der Ukraine ist der richtige Zeitpunkt, um sich seitens der Stadt Wien klar gegen die Ausbeutung von Kindern auszusprechen“ so Oxonitsch. Die Bälle zum „Fairen Kick“ wurden ohne Kinderarbeit und unter fairen Sozial- und Arbeitsbedingungen in Pakistan produziert. „Die Stadt Wien demonstriert mit der Aktion ihre entwicklungspolitische Kompetenz und ihre soziale Verantwortung“, so Bereichsdirektor Wawra.

Moldauische Kinder bleiben am Ball

Die von der Stadt Wien angekauften Bälle wurden der Kinderhilfsorganisation Concordia, die seit 20 Jahren unter der Leitung von Pater Georg Sporschill SJ in Rumänien, Moldau und Bulgarien tätig ist, zur Verfügung gestellt. In Moldau betreibt Concordia die „Stadt der Kinder“, in der Straßenkinder ein neues Zuhause und Schutz von Armut, Gewalt und Ausbeutung finden. Dazu Ulla Konrad von Concordia: „Unsere Kinder versuchen am Ball zu bleiben. Es ist kein leichter, aber ein hoffnungsvoller Weg, den sie mit der Hilfe von FreundInnen in eine gute Zukunft gehen. Da wirkt ein Fußball oft Wunder. Beim Spiel erkennen wir ihre Lust am Leben. Deshalb danken wir von ganzem Herzen für 60 Bälle, die die Stadt Wien aus Anlass der EM unseren Kindern schenkt, damit sie mit Freude am Ball bleiben.“

Bürgermeister Häupl in Sarajevo

Anlässlich seines Besuchs in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo überbrachte Bürgermeister Dr. Michael Häupl weitere Fair-Trade-Fußbälle dem dortigen SOS-Kinderdorf.

Mit „fairen“ Fußbällen helfen

Bälle aus fairem Handel sichern gerechte Löhne für die ProduzentInnen und BallnäherInnen in Pakistan. Der Mehrpreis aus dem fairen Handel garantiert, dass Näherinnen und Näher ihre Familien ernähren können. Ihre Kinder können zur Schule gehen und müssen nicht arbeiten, um zum Familieneinkommen beizutragen. Außerdem werden durch die Fair-Trade-Prämien Gesundheitsversorgung, Sozialleistungen und ein Kleinkreditprogramm ermöglicht.



Foto: MD-EUI



Bürgermeister Dr. Michael Häupl in Sarajevo. Foto: AUCON

7. Humanitäre Hilfe

7.1. Spitalsmöbeln für Chisinau

Durch die Neuadaptierung des Geriatriezentrums Donaustadt (GZD) standen der MD-EUI Spitalsmöbeln für die humanitäre Hilfe in Osteuropa zur Verfügung. In Kooperation mit der Caritas-Wien wurden die Sachgüter per LKW nach Moldau gebracht und in Krankenpflegeeinrichtungen der Hauptstadt Chisinau eingesetzt.



Entladung der Möbel in Moldau. Foto: Caritas



Spitalsmöbeln für Moldau. Foto: Caritas

7.2. Spitalsmöbeln für Sibiu

Seit mehreren Jahren unterstützt die Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Europa und Internationales die Stadt- bzw. Kreisverwaltung der rumänischen Stadt Sibiu (dt. Hermannstadt). Dank der wiederholten materiellen Hilfe aus Wien konnte der Spitalssektor in Sibiu bereits nachhaltig verbessert werden. Neben Spitalsmöbeln konnten in Zusammenarbeit mit der Organisation „Austria pro Romania“ beispielsweise Hebebadewannen aus dem Bestand des Geriatriezentrums Donaustadt zur Verfügung gestellt werden.



Hebebadewannen für KH Sibiu, Foto: Austria pro Romania

Die humanitäre Hilfe der Stadt Wien brachte auch für einen rumänischen Schlaganfallpatienten neue Lebensqualität. Im September 2012 erreichte ein dringender Hilferuf den Wiener Magistrat: Herr Petru Boar, 62, hatte einen Schlaganfall erlitten und war seither halbseitig gelähmt. Von seiner kleinen Pension konnte er sich keinen Rollstuhl leisten und war somit rund um die Uhr ans Bett gefesselt. In einer spontanen Aktion stellte das Krankenhaus Hietzing einen skartierten Rollstuhl zur Verfügung, der vom Verein „Austria pro Romania“ nach Sibiu gebracht wurde. Dank des Rollstuhls aus Wien kann Herr Boar wieder am Familienleben teilnehmen und sogar das Haus verlassen.

7.3. Spitalsmöbeln für Kharkov (Ukraine)

Mit Ende des Jahres 2012 wurde das Kaiserin Elisabeth Spital im 15. Wiener Gemeindebezirk aufgelöst und die Fachabteilungen an andere Standorte verlagert. Anstelle des ehemaligen Krankenhauses wird ein modernes geriatrisches Zentrum entstehen.

Durch die dafür notwendigen Umbauarbeiten standen nicht mehr benötigte Möbeln und Geräte für die Humanitäre Hilfe zur Abgabe bereit. Mit der Umweltschutzorganisation „Global 2000“ konnte ein Projektpartner gewonnen werden, der seit 1995 unter dem Titel „Tschernobyl Kinder“ in der Ukraine tätig ist und an der Verbesserung der dortigen medizinischen Infrastruktur arbeitet.

Ein beträchtliches Kontingent, bestehend aus Krankenbetten, Kästen, Tischen, Sesseln, Spinden und Werkzeugen, konnte dem Kinderkrankenhaus in Kharkov überbracht werden.



Foto: MD-EUI

7.4. Schulmöbel für Sibiu und Stearisu

Auf Grund des Umbaus des BRG Schuhmeierplatz in Wien-Ottakring konnten nicht mehr benötigte Schulmöbel wie Tische, Sesseln, Kästen, Tafeln sowie die technische Einrichtung für naturwissenschaftliche Unterrichtsfächer nach Rumänien gebracht werden. Das Mobiliar ist im Kreis Sibiu eine strukturelle Unterstützung für den Bildungssektor.

Die sehr arbeitsintensive Räumung des Schulgebäudes und die Verladung auf LKWs wurde durch Freigänger der Justizanstalt Simmering unterstützt.



Laboraausstattung, Foto: MD-EUI

Weitere Tische und Sesseln für die Dorfschule in Stearisu stellte die MA 54 aus dem zentralen Möbellager der Stadt Wien zur Verfügung.

7.5. Schulmöbel für Sutor (Slowakei)

Aus dem Möbellager der MA 54 – Zentraler Einkauf/ Logistik/ Fund konnten der Gemeinde Sutor für die örtliche Volksschule 40 Schülertische und 80 Schülersessel übergeben werden. Küchen und andere Möbeln lieferte der Verein „Direkthilfe Roma“ mit Unterstützung der Stadt Wien an bedürftige Roma-Familien in Hostice.



Volksschule Sutor. Foto: Direkthilfe Roma



Wiener Schulmöbeln für Sutor. Foto: Direkthilfe Roma

7.6. Schulmaterialien (Ukraine)

Bereits zum wiederholten Mal konnte eine humanitäre Weihnachtsaktion für Kinder in der Ukraine organisiert werden. Aus Flohmarktbeständen der MA 48 konnten Bücher, Lernspiele und Stofftiere an deutschsprachige Kindergärten und Schulen abgegeben werden.



Foto: ÖB Kiew

7.7. Unterstützung humanitärer Hilfslieferungen

Die MD-EUI unterstützte auch humanitäre Hilfslieferungen von NGOs. Medizinische und technische Ausrüstung wurde 2012 in folgende Länder geliefert:

Kosovo Hygieneartikel

Moldau Spitalsgüter

Nepal medizinisches Personal

Rumänien human. Güter, Kleidung, Schulartikeln, Möbeln

Slowakei Möbeln und Kleidung

Tunesien Rollstühle und Gehilfen

Ukraine Kleidung und Hausrat

7.8. Humanitäre Weihnachtsaktion (MD, RO)

Um bedürftigen Kindern und älteren Menschen gerade in der Weihnachtszeit Unterstützung und im wahrsten Sinne des Wortes "Wärme" zu geben, organisierte die MD-EUI in Zusammenarbeit mit der Stiftung Concordia eine Sofortaktion. Für ehemalige Straßenkinder in Rumänien wurde Winterbekleidung angekauft. Für die Suppenküchen in Radoulonii Vechi und Satul Nou in der Republik Moldau wurden Lebensmittel zur Verfügung gestellt sowie für Heizmaterial gesorgt.

Impressum:

Stadt Wien

Magistratsdirektion – Europa und Internationales

Text: Mag. Bernhard Bouzek

Friedrich Schmidt Platz 3

1082 Wien

Wien, Februar 2013